

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

14.11.2005

66/2005

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Philip Claeys, Frank Vanhecke, Koenraad Dillen und Carl Lang

zu den ethnischen Unruhen in Frankreich und anderen europäischen Ländern

Fristablauf: 14.2.2006

66/2005

Schriftliche Erklärung zu den ethnischen Unruhen in Frankreich und anderen europäischen Ländern

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
 - A. zutiefst beunruhigt über den überaus gewalttätigen Straßenterror in Frankreich und anderen europäischen Ländern,
 - B. in der Erwägung, dass diese Stadtguerilla-Aktionen allmählich die Form eines ethnischen Bürgerkriegs annehmen,
 - C. in der Erwägung, dass die Integrations- und Einwanderungspolitik der meisten Mitgliedstaaten gescheitert ist und dass *de facto* extraterritoriale Zonen entstanden sind, die sich der Rechtsstaatlichkeit entziehen,
 - D. in der Erwägung, dass durch die anhaltende Masseneinwanderung nichteuropäischer Ausländer die mühsame Integration der bereits anwesenden Ausländer erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht wird,
 - E. in der Erwägung, dass es in der Europäischen Union etwa 20 Millionen Arbeitslose gibt, darunter unverhältnismäßig viele Ausländer, und eine weitere Einwanderung somit eine Hypothek für die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten bedeutet,
 - F. in der Erwägung, dass eine effiziente Integrationspolitik für Einwanderer nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet, und dass dieser letztgenannte Aspekt von den meisten Mitgliedstaaten vernachlässigt wurde,
1. dringt bei den Mitgliedstaaten darauf,
 - Recht und Ordnung auf ihrem gesamten Hoheitsgebiet entschlossen wiederherzustellen,
 - die Respektierung der Gesetze, der Werte und der Sprache des Gastlandes in den Mittelpunkt ihrer Integrationspolitik zu stellen,
 - den Einwanderungsstopp von 1974 einzuhalten,
 - von der Legalisierung illegaler Ausländer abzusehen,
 - Maßnahmen zur Abschreckung vor Asylmissbrauch einzuführen,
 - die Gründung und Zusammenführung von Familien im Herkunftsland anzuregen;
 2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner der Kommission, dem Rat und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.